

Ein Treffen mit Tod und Leben

NEUENKIRCH rb. Mit seinem Sommerkonzert, das heute und morgen im Pfarreiheim Neuenkirch über die Bühne geht, wagt der Coro Cantarina auch heuer Neues: Dieses Jahr wird das Treffen von Tod und Herrn Dostoj zum Ausgangspunkt von szenischen und – vor allem – musikalischen Darbietungen. Ramona Benz hat im von ihr verfassten Stück «Wie Herr Dostoj dem Tod half, erwachsen zu werden. Ein Lebensmärchen» unterschiedlichste Musikstile und Epochen einbezogen.

Breites Stilspektrum

Klassische Musik findet ebenso Platz wie Pop, Volksmusik und Chansons. So trifft Freddie Mercurys «Show Must Go On» auf Franz Schuberts «Mondnacht» und Heidi Stuckis «Du fragsch mi, wär i bi». Die Mitglieder des 1999 gegründeten, 45-köpfigen Chores stammen hauptsächlich aus den Gemeinden Neuenkirch, Sempach Station, Hellbühl und Sempach. Geleitet wird dieser vom Ehepaar Katharina und Albert Benz-Wicki.

HINWEIS

► Aufführungen heute Freitag, 19.30 Uhr, und morgen Samstag, 19 Uhr. Reservation unter 079 617 66 94. www.corocantarina.ch ◀



Werner Schüpbach,
Leiter Dienststelle
Gymnasialbildung

Kantis: Alle Stellen sind besetzt

Im. An den Volksschulen sind vor allem viele IF-Lehrpersonen nur ungenügend ausgebildet. Die Stellen konnten aber alle besetzt werden. Wie sieht die Situation bei den Kantis aus?

Werner Schüpbach, sind alle Kantilehrer-Stellen besetzt?

Schüpbach: Ja, alle Stellen konnten zufriedenstellend besetzt werden.

Sind die Lehrer genügend qualifiziert?

Schüpbach: Ja, vor allem im Instrumentalunterricht und in den Fächern

NACHGEFRAGT

Deutsch und Geschichte bringen die Lehrpersonen ausgezeichnete Qualifikationen mit.

Mühe hatte man in den letzten Jahren, qualifizierte Französisch- und Naturwissenschaftslehrer zu finden.

Schüpbach: Im Fach Mathematik hatten wir eine erfreuliche kleine Zunahme an Bewerbungen. Schwierigkeiten gab es hingegen bei der Besetzung der Stellen in Französisch und Chemie. Für das Fach Wirtschaft und Recht war in acht von zehn Bewerbungen das höhere Lehramt nicht vorhanden.

Warum diese Schwierigkeiten?

Schüpbach: Mit einem Studienabschluss in Wirtschaft und Recht bieten sich einem meist auch gute Berufsmöglichkeiten in der Privatwirtschaft.

Wie versucht man, die Rekrutierungsschwierigkeiten im Fach Wirtschaft und Recht zu beheben?

Werner Schüpbach: Eine Person, die den fachwissenschaftlichen Studienabschluss ohne das höhere Lehramt mitbringt, kann notfalls eingestellt werden – vorausgesetzt, sie kann im Rahmen einer Probelektion aufzeigen, dass sie über das Entwicklungspotenzial verfügt, als Lehrperson tätig zu werden. Dann kann eine zeitlich befristete Anstellung erfolgen mit der Auflage, das höhere Lehramt innert einer gesetzten Frist berufsbegleitend nachzuholen.

«Rechtsstaatlich bedenklich»

BETEILIGUNGEN Dürfen Kantonsräte Institutionen leiten, an denen der Kanton beteiligt ist? Staatsrechtler Andreas Lienhard findet: Nein. Er schlägt andere Vertreter vor.

INTERVIEW THOMAS OSWALD
thomas.oswald@luzernerzeitung.ch

Andreas Lienhard, die Luzerner Regierung will nicht, dass Parlamentarier in ausgelagerten Betrieben Einsitz nehmen. Der Kantonsrat will das weiterhin zulassen. Was halten Sie davon, wenn Parlamentarier in solchen Gremien mitwirken?

Andreas Lienhard: Es gibt gewisse Vorteile, wenn Behördenvertreter in diesen Gremien sitzen, etwa den Wissensaustausch. Aber es entstehen unübersehbar Interessenkonflikte. Ein Parlamentsmitglied ist dem Wohle des Kantons verpflichtet, als Mitglied eines Spitalrats beispielsweise muss es aber die unternehmerischen Interessen wahrnehmen.

Wo akzentuiert sich der Konflikt?

Lienhard: Ein Spital ist unternehmerisch tätig und hat damit natürlich auch ein Interesse, möglichst viele Patienten zu versorgen. Die Gesundheitspolitik eines Kantons verfolgt hingegen eher das Ziel, die Gesundheitskosten möglichst einzudämmen. Wie soll sich eine Person verhalten, die in beiden Gremien sitzt?

Soll sie in den Ausstand treten, wenn es um diesen Bereich geht?

Lienhard: Ein Ausstand macht keinen Sinn, wenn Wissen zwischen den Gremien zirkulieren soll. Der Interessenkonflikt ist so nicht wirklich aufzulösen.

Sie fordern wie die Luzerner Regierung rigorose Unvereinbarkeitsregeln?

Lienhard: Die wissenschaftlichen Erkenntnisse gehen dahin, dass Parlamentsmitglieder in Leitungsgremien von ausgelagerten Betrieben rechtsstaatlich bedenklich sind. Das setzt sich – langsam – auch in der Politik durch. Im Parlamentsgesetz des Bundes etwa gibt es diesbezüglich bereits klare Regelungen.

Warum?

Lienhard: Es geht um den Grundsatz der Gewaltentrennung. Ausgelagerte Betriebe sind Verwaltungsträger – auch wenn sie nicht mehr Teil der Zentralverwaltung sind. Aufgabe der Parlamente ist ja nun gerade, die ausführende Gewalt zu beaufsichtigen, und nicht sie zu führen.

Schwächt es nicht das Parlament, wenn solche Gremien den Kantonsräten verwehrt bleiben?

Lienhard: Das Parlament wird nicht geschwächt. Es wird zurückgeführt zu jenen Funktionen und Aufgaben, die es hauptsächlich hat: Gesetzgebung, Budgethoheit und Oberaufsicht. Die Steuerung von öffentlichen Unternehmen gehört nicht zur Aufgabe des Parlaments und seiner Mitglieder.

Solche Einsitznahmen sind heute aber gang und gäbe.

Lienhard: Sitzen Kantonsräte etwa im Bankrat oder Spitalrat, ist dies ein Hindernis für die Kontrolle dieser Institutionen. Das Parlament hat die Oberaufsicht über diese Gremien. Sitzt jemand im Verwaltungsrat eines ausgelagerten Betriebs, müsste er sich als Mitglied des Parlaments gleichzeitig selbst kontrollieren.

Spielt es für Sie eine Rolle, ob jemand die Tätigkeit ehrenamtlich macht oder Geld dafür erhält?

Lienhard: Ein gradueller, aber kein grundsätzlicher. Die Problematik bleibt ja dieselbe, jemand hat zwei Verantwortungen, die sich eigentlich nicht vereinbaren lassen.

Wer soll denn in diesen Gremien Einsitz nehmen?

Lienhard: Eigentlich bräuchte es dazu ein Anforderungsprofil, wie dies für entsprechende Funktionen in der Privatwirtschaft auch üblich ist. Dabei stellt sich die Frage, welche Kompetenzen gefragt sind: unternehmerische, finanztechnische, juristische ...

... die Nähe zur Politik ist für diese Positionen meist sehr wichtig. Wer soll hier in Frage kommen, wenn nicht aktive Politiker?

Lienhard: Ein politisches Sensorium sowie eine gute Vernetzung sind in solchen Chargen wichtig. Dies bringen beispielsweise auch ehemalige Regierungs- und Parlamentsmitglieder mit grosser Erfahrung mit, die aber nicht mehr in einer Pflicht als Behördenmitglied stehen.

Warum lagert der Staat zunehmend eigentliche Geschäftsbereiche aus?

Lienhard: Die Gründe sind vielschichtig. So will der Staat Dritte einbeziehen und damit Spezial-Know-how nutzen. Er will seine Leistungen effizienter und günstiger anbieten und näher zum Kunden und Bürger rücken. Und mit der Auslagerung ist auch eine klarere Trennung zwischen Politik und operativem Betrieb möglich.

Dafür verliert der Staat ein Stück weit auch die positive Einflussnahme.

Lienhard: Das ist ein Preis, den man zahlt, wenn man Politik und Betrieb stärker trennt. Aber dies ist Bestandteil der Übungsanlage, sonst ist auf eine Auslagerung besser zu verzichten.



HINWEIS

► Andreas Lienhard ist Professor für Staats- und Verwaltungsrecht am Kompetenzzentrum für Public Management (KPM) der Universität Bern. ◀

Ähnliche Regeln in der Zentralschweiz

KANTONE tos. Heute dürfen in allen Zentralschweizer Kantonen Parlamentarier auch in Führungspositionen von ausgelagerten öffentlichen und privaten Institutionen sitzen. Dies zeigt die derzeitige Rechtslage in den Kantonen. Eine generelle Unvereinbarkeit, so wie sie die Luzerner Regierung will, existiert nicht.

Ungeschriebenes Gesetz

In Uri dürften Landräte zwar im Bankrat und im Spitalrat sitzen. Laut dem Direktor der Staatskanzlei herrscht allerdings ein ungeschriebenes Gesetz: «Wegen möglicher Interessenkollisionen wird die Doppelbesetzung nicht als sinnvoll angesehen», sagt Roman Balli. Sie komme nicht vor. Folglich gebe es in Uri auch kaum Diskussionen wegen Interessenkonflikten.

Auch in Zug, Ob- und Nidwalden ist der Einsitz für Parlamentarier rechtlich zulässig. So sass in Obwalden von 2010 bis 2012 ein Mitglied des Kantonsrats im Bankrat der Obwaldner Kantonalbank. Seit dem 1. Juli 2012 sitzt auch ein Mitglied des Kantonsrats im Verwaltungsrat des Elektrizitätswerks Obwalden.

Lockere Regel verschärft

In Schwyz herrscht generell eine lockere Regelung: So wird es erst die neue Verfassung, die in Erarbeitung ist, verbieten, dass ein Regierungsrat gleichzeitig im Kantonsparlament sitzt. Bislang war dies möglich.

SBB retten Kriechtiere neben den Gleisen

SBB Bis Ende dieser Woche wird zwischen Wolhusen und Trubschachen noch gebaut. Unter anderem Wendeltreppen für Kröten.

Der eine oder andere wird sich wohl etwas wundern. Auf der Zugstrecke zwischen Wolhusen und Trubschachen, auf der zurzeit noch gebaut wird, kann man nämlich ab nächster Woche hie und da entlang der Schienen kleine Geröllhaufen oder eine halb verputzte Stützmauer entdecken. Die SBB haben aber nicht etwa bei den Bauarbeiten geschluppt. Vielmehr handelt es sich dabei um Massnahmen zum Schutz der Tiere und Pflanzen, wie sie die SBB seit einigen Jahren bei all ihren Bauprojekten treffen.

Seltene Tierarten

«Eine so reichhaltige Vegetation wie hier im Entlebuch findet man nicht überall», sagt Peter Meier, Projektleiter Umwelt der SBB. Er stapft auf den Gleisen in der Nähe des stillgelegten Bahnhofs Doppleschwand voraus, um uns die verschiedenen Schutzmassnahmen vor Ort zu zeigen. «Im Gebiet der Kleinen Emme kommen auch seltene Tierarten vor, zum Beispiel die Geburtshelferkröte», fährt er fort. Diese Kröte heisse so, weil sie – im Gegensatz zu den anderen Krötenarten, die ihre Eier einfach im Wasser ablegen und dann sich selber überlassen – eine regelrechte Brutpflege betreiben.

Doch entlang der Bahnschienen lauern viele Gefahren. «Wasserschächte etwa können für Amphibien zur Falle werden: Sie werden mit dem Wasser hineingespült und kommen nicht mehr heraus», sagt Meier. Um dies zu verhindern, sei in den Schächten am Rand eine Art Wendeltreppe aus Beton als Notausstieg für die Tiere angebracht worden. Ausserdem habe man Wasserleitungen errichtet, deren Ränder nur so steil seien, dass kleine Tiere selber hinauskriechen könnten.

«Wir haben einen Naturschutzbiologen beauftragt, der diese Massnahmen ausgearbeitet hat und ihre Umsetzung auf der Baustelle begleitet», sagt Meier.

Die SBB wendeten dafür etwa 300 000 Franken auf – rund 1 Prozent der Gesamtkosten von 30 Millionen Franken, die für die Bauarbeiten zwischen Wolhusen und Trubschachen anfallen.

«Steinkörbe» für Reptilien

«Das Primärziel dieser Bauarbeiten ist natürlich, die Gleise zu sanieren», betont Peter Meier. «In vielen Fällen kann man aber zusätzlich ohne grossen Mehraufwand den Lebensraum der ansässigen Tiere und Pflanzen erhalten.» Die eingangs erwähnte Stützmauer beispielsweise sei früher stark bewachsen und dadurch ein idealer Lebensraum für Zauneidechsen gewesen. «Sie hatten hier auf kleinem Raum die Möglichkeit, zu jagen, sich zu sonnen und sich zurückzuziehen.»

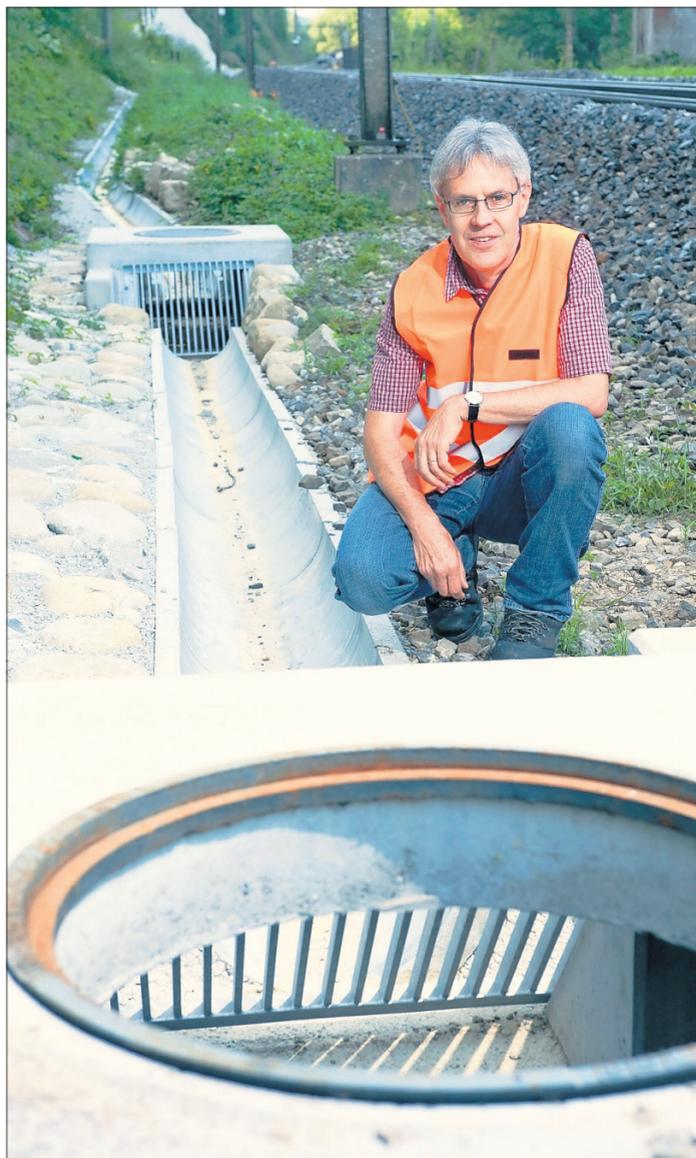
Im Zug der Bauarbeiten sei die Stützmauer von den Pflanzen befreit und neu verputzt worden. Damit die Eidechsen die Mauer dennoch weiter besiedeln können, habe man einen Teil unverputzt gelassen. «Zusätzlich haben wir vor der Mauer einige Steinbrocken, die bei den Bauarbeiten angefallen waren, angehäuft, um den Reptilien noch mehr Rückzugsmöglichkeiten zu bieten», so Meier.

Ebenfalls als Versteck für Reptilien dienen die sogenannten «Steinkörbe», mit grösseren Steinen gefüllte Gitter, entlang der Schienen. Diese ersetzen die verfaulten Schwellen.

Nur Alpensalamander entdeckt

Von den zu schützenden Tieren lässt sich übrigens bei der mehrstündigen Begehung mit Peter Meier nur eines blicken – ein Alpensalamander an einer kahlen Felswand. Peter Meier nimmt ihn kurz entschlossen auf die Hand und setzt ihn an eine grünere Stelle. Damit er nicht etwa auf dem unfruchtbaren Felsen verhungere.

MIRJAM WEISS
mirjam.weiss@luzernerzeitung.ch



Peter Meier, Umweltbeauftragter der SBB, vor einem der neuen Wasserschächte. Diese verfügen über Ausstiegshilfen für Kleintiere. Bild Dominik Wunderli